

«Mit solchen Gesten können wir keinen Druck wegnehmen»

Justizdirektorin Karin Keller-Sutter wehrt sich gegen Guantánamo-Bankendeal

VON DENIS VON BURG UND CHRISTOPH LAUENER

Frau Keller-Sutter, wie stellen sich die Kantone zur möglichen Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen?

Die Konferenz der Polizeidirektoren hat am Freitag an einer Vorstandssitzung die Haltung diskutiert: Wir sind sehr skeptisch gegenüber diesem Angebot der Schweiz an die USA. Zwar sind wir froh, dass dieses menschenrechtswidrige Gefängnis aufgehoben werden soll. Aber: Die amerikanische Regierung hat dieses Problem verursacht, nun muss sie dieses Problem aus rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Gründen auch selber lösen.

Warum soll man den USA dabei nicht helfen?

Es werden schwierige Probleme auftauchen. Bei den Inhaftierten handelt es sich zum Teil um widerrechtlich Festgehaltene, die man unter Umständen nach rechtsstaatlichen Überlegungen wird entschädigen müssen. Allenfalls wird man den Menschen neue Startchancen ermöglichen müssen, in Form einer neuen Identität etwa. Das sind Verfahren, welche die USA durchführen müssen. Sie können diese Leute nun nicht einfach auf der Welt verteilen. Deshalb sind wir doch sehr überrascht, dass die Schweiz hier so vorgeprellt ist.

Haben Sie den Eindruck, die USA wollten das Problem abschieben?

Es ist nicht klar, aus welchen Gründen die USA diese Leute nicht behalten wollen. Es müssen innenpolitische Gründe dahinterstecken.

Hat denn die Schweiz keine Verpflichtung, den USA zu helfen?

Wieso sollten wir eine Verpflichtung haben?

Die Schweiz war ein Transitland für solche Häftlinge, wenn auch wider Willen, wie sie sagt.

Es wäre nun doch sehr heikel, auf dieser Grundlage eine Verpflichtung abzuleiten, denn damit würde man ja eine Mittäterschaft einräumen. Das muss man auf jeden Fall vermeiden. Deshalb bin ich gegenüber politisch begründeten Aufnahmen sehr skeptisch.

Es wäre eine politische Geste gegenüber der neuen US-Regierung.

Ich habe den Eindruck, dass es hier weniger um Sympathiekund-

«Ich gehe nach Gesprächen davon aus, dass sich kein Kanton darum reisst»

gebungen geht als vielmehr um Aussenpolitik und gewisse diplomatische Abmachungen.

Sie glauben, der Bund wolle sich Vorteile in den schwierigen Auseinandersetzungen um das Bankgeheimnis verschaffen?

Natürlich ist es denkbar, und man hat tatsächlich den Eindruck, dass es auch um Schweizer Interessen geht, die nichts mit Guantánamo zu tun haben. Über die genauen Gründe will ich nicht spekulieren. Die Verknüpfung von Interessen gehört zwar zur Aussenpolitik, führt aber nicht immer zum Ziel und ist manchmal heikel.

Die Schweiz könnte profitieren. Ich glaube nicht, dass wir mit sol-



Keller-Sutter: «Keine Verpflichtungen gegenüber USA» FOTO: DUKAS

chen Gesten in diesem oder jenem Dossier langfristig Druck aus anderen Fragen nehmen können. Der Druck aus den USA zum Beispiel auf den Finanzplatz wird so oder so zunehmen. Wenn es denn einen solchen Zusammenhang geben sollte, gäbe es sicher andere Wege.

In der Schweiz hängig sind die Gesuche von drei Häftlingen aus Libyen, Algerien und China. Ist die Schweiz nicht imstande, drei solche Flüchtlinge aufzunehmen?

Von der Menge her sind wir dazu sicher imstande. Es gibt aber grosse Risiken, auch wenn es am Ende andere Personen sein sollten, welche die Schweiz aufnehmen würde: Wissen wir genau, um wen es sich handelt? Es sind immerhin Leute, die unter Terrorverdacht standen. Wir sollten nicht riskieren, uns hier ein Sicherheitsproblem einzuhandeln. Eine andere Frage ist, ob wir überhaupt für die Betreuung und Sicherheit dieser Leute garantieren können. Das sind vielleicht traumatisierte Leute. Möglicherweise brauchen sie neue Identitäten und Schutzprogramme. Es gibt grosse Zweifel, dass das in der kleinräumigen Schweiz möglich ist.

Wer würde denn solche Flüchtlinge aufnehmen?

Einfach würde das sicher nicht. Ich gehe aufgrund meiner Gespräche mit den anderen Justizdirektoren davon aus, dass sich kein Kanton darum reissen würde. Zwar hat der Bund die Kompetenz, Flüchtlinge auf die Kantone gemäss ihrem Bevölkerungsanteil zu verteilen. Bei drei oder vier Guantánamo-Häftlingen geht das aber nicht. Es käme wohl zu schwierigen Verhandlungen.

MEHR ZU GUANTÁNAMO SEITE 9

Couchepins AHV-Reform im Aufwind

SP und CVP sind für Überbrückungsrente

BERN Nach fast vierjähriger Diskussion schien die AHV-Revision des freisinnigen Sozialministers Pascal Couchepin gescheitert. Jetzt will im Ständerat ausgerechnet eine Koalition seiner politischen Gegner von CVP und SP seine Reform wiederbeleben. Diese will anstelle einer totalen Flexibilisierung des AHV-Alters nur eine «Überbrückungsrente». Sie würde wenigen Schlechtergestellten die Frührente ohne Einbussen bei der AHV ermöglichen.

CVP-Fraktionschef Urs Schwaller will das Modell am Montag in der ständerätlichen Sozialkommission auf den Tisch bringen. «Couchepins Vorschlag ist zurzeit die realistischste Lösung», sagt Schwaller, dessen Partei bisher strikt dagegen war. Seine Fraktionskollegen werden ihn unterstützen. «Die CVP-Gruppe will in diese Richtung arbeiten», sagt der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David.

Auch in der SP hat ein Umdenken stattgefunden. Nach der Niederlage mit der Rentenalter-62-Initiative erhielten jene Auftrieb, die eine pragmatische Lösung wollen. Ständerätin Anita Fetz: «Die Überbrückungsrente ist eine Option. Sie bringt jenen etwas, die sie wirklich brauchen, zum Beispiel Frauen im Gastgewerbe oder Verkäuferinnen.»

Nur wenige profitieren – dafür reicht die Rente zum Leben

Positiv vermerkt wird auch, dass die Rente in Form von Ergänzungsleistungen ausbezahlt würde. Damit kann der Kreis der Berechtigten genau definiert werden. Zudem käme sie nur jenen zugute, die nach der Pensionierung in der Schweiz bleiben. Der Kreis der Begünstigten würde damit klein. Im Unterschied zu allen bisher diskutierten Modellen würden die Renten aber gross genug, um damit tatsächlich leben zu können.

Zur Finanzierung sollen 400 Millionen Franken eingesetzt werden, die Hälfte dessen, was mit der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 gespart würde. Im Ständerat haben SP und CVP eine Mehrheit: Die Überbrückungsrente hat deshalb Chancen, den Ständerat zu überstehen. Schwieriger würde es im Nationalrat. Dort wollen vermutlich viele Spler mehr als 400 Millionen für die Flexibilisierung ausgeben. Was zur Blockade führen wird.

DENIS VON BURG

Die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen durch die Schweiz könnte der UBS helfen

Die Übernahme von Inhaftierten soll die USA in Sachen UBS gnädig stimmen.

Die Anzeichen verdichten sich, dass der Bundesrat mit seiner Absicht, die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen zu prüfen, nicht nur schöne humanitäre, sondern vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt. Die UBS, mit Staatsmilliarden

gestützt, hat in den USA grosse Probleme mit den Steuerbehörden und müsste Namen von 300 Steuerflüchtlingen herausrücken. Es droht ihr gar der Entzug der Lizenz. Vor diesem Hintergrund ist gute Stimmung zwischen den beiden Staaten nützlich und für die UBS ausgesprochen wichtig. Regierungskreise in Bern bestätigen denn auch, dass ein Zusammenhang

zwischen dem Guantánamo-Angebot des Bundesrats und der Steuergeschichte der UBS durchaus bestehe.

Offenbar hat sich im Bundesrat Finanzminister Hans-Rudolf Merz gegen Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf durchgesetzt. Deren Migrationsamt hat im letzten November die Asylgesuche von drei Guantánamo-Häftlingen abgelehnt. Die drei, ein Libyer, ein

Algerier und ein Chinese, haben den Entscheid ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen. Nimmt der Bundesrat die drei Gesuchsteller auf, würden die Gesuche aber nicht obsolet: Sie könnten zwar einreisen, aber unter welchem Titel sie sich hier aufhalten, ist noch unklar und müsste im Rahmen der Beschwerdebehandlung geklärt werden.

US-Botschaft erfreut

«Wir begrüßen die Initiative der Schweiz», sagt eine Sprecherin der US-Botschaft in Bern, «wir freuen uns, eng mit ihr zusammenzuarbeiten und Lösungen zu finden, die uns helfen, Guantánamo zu schliessen.» Laut dem Center for Constitutional Rights wäre die Schweiz für einen vierten Gefangenen aus Guantánamo ideal. Man hoffe aber, dass sich ein anderes Land finde.

Der Unternehmer Thomas Minder von der Kosmetikfirma Trybol lancierte die Abzocker-Initiative. Zwei Unternehmer, der Industrielle Johann Schneider-Ammann und der persönlich haftende Privatbankier Konrad Hummler, setzen nun die angestellten Manager ebenfalls unter Druck:

Nicht etwa die Linke, sondern Unternehmer bremsen die Manager

Muss der Staat einen Konzern wie die UBS retten, sollen künftig die «Führungsorgane persönlich und solidarisch für den daraus der Allgemeinheit entstehenden Schaden haften», fordern sie in einer parlamentarischen Initiative, die neun FDP-Nationalräte einreichten. Kein Zufall, dass diese Initianten allesamt nicht aus den Zentren der Wirtschaftsmacht stammen. Kein Zürcher, Basler oder Genfer ist dabei. Die bürgerlichen, oft rechtsbürgerlichen, Kritiker der Unsitten von Managern und der Unsummen auf deren Lohnkonten wohnen oder wirken in Altdorf, Azmoos, Echallens,

ROGER DE WECK

Der Mittelstand schlägt zurück



Herisau, Langenthal, Lugano, Luzern, Neuhausen am Rheinfall, Reinach, Sulgen und Teufen.

Wir erleben den Gegenschlag des Mittelstands, nachdem jahrelang Grossmanager das grosse Wort geführt haben. Und den Metropolen der Masslosigkeit erteilt die ländliche Schweiz eine Lektion. Die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die übers Land verteilt ist und das Rückgrat der Volkswirtschaft

bildet, meldet sich mit aller Wucht zurück. Ihre stolze Botschaft: Unternehmer ist, wer persönlich ein Risiko trägt. Mittelständler nämlich bleiben in der Krise wie im Boom bodenständig, denn sie müssen jeden Lohnfranken – auch des Chefs – handfest erwirtschaften. Der Staat spannt im Notfall kein Auffangnetz.

Die Schweiz der wirklichen, oft unbekannteren Unternehmer stützt heute jene prominenten Topmanager zurecht, die sich für Unternehmer halten und als solche bezeichnen, obwohl sie bloss Angestellte und bestabgesicherte Besitzstandswahrer sind. Auch hatten sich etliche globale Manager, die jetzt nach Davos pilgern, innerlich von der Eidgenossenschaft entfernt. Erst in der Krise besannen sie sich auf ihre Wurzeln und den Halt, den der eigene Staat verleiht. In der Heimat aber ist die Zeit der Zampanos vorbei, jeder muss sich einreihen. Die Macht der Manager – sie bleibt gross. Eine Übermacht ist sie nicht mehr. Und die stärkste Gegenmacht bildet paradoxerweise nicht die (blasse) Linke, sondern das Unternehmertum.